

Positionspapier des Bezirksschülerausschuss Spandau „Schülervertretung in Spandau stärken“

Der Bezirksschülerausschuss Spandau ist die, gesetzlich legitimierte, Interessenvertretung der gesamten Spandauer Schülerschaft. Bestehend aus je zwei, entsendeten, Vertreter*innen der ist jede Schule somit repräsentiert.

Der Bezirksschülerausschuss Spandau arbeitet eng mit dem Landesschülerausschuss Berlin zusammen und beteiligt sich z.B. an Initiativen wie der Einführung von Politik als Schulfach im Land Berlin. In Spandau vernetzt der Bezirksschülerausschuss die Schülervertretungen der einzelnen Schulen und bearbeitet bezirkweite Themen. Die rein ehrenamtliche Struktur des Bezirksschülerausschusses, sowie die jährliche Neuwahl des Gremiums stellt und in unserer Arbeit vor ganz besondere Herausforderungen. Oft ist die Arbeit in Schülervertretungen der erste Kontakt von jungen Menschen mit politischer Gremienarbeit. Deshalb liegt ein großer Arbeitsschwerpunkt des Bezirksschülerausschuss Spandau in der Aufklärung und Qualifizierung von Schüler*innen.

Im Rahmen des folgenden Positionspapiers wollen wir unsere zentralen Forderungen darlegen und ausdrücklich betonen, dass Sie alle äußerst wichtig sind um eine Besserung unserer, derzeit prekären, Arbeitssituation zu schaffen.

Der Bezirksschülerausschuss Spandau fordert einen nahtlosen Übergang, bei der Besetzung des Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese Position wurde in der Vergangenheit von Michael Bandt ausgeübt. Sein großes Wissen und seine Professionalität hat unser Selbstverständnis als Interessenvertreter der Spandauer Schülerschaft deutlich gestärkt. Des Weiteren unterstützte er uns vor allem in organisatorischen Aspekten. Unsere Arbeit sowie auch unser Fachtag wären ohne sein Engagement nicht möglich gewesen.

Weiterhin fordert der BSA Spandau ein eigenes Budget, in Höhe von 2000 Euro, welches als fester Haushaltsposten in den Bezirkshaushalt 18/19 aufgenommen werden sollte. Dieses soll beispielsweise von unserer Geschäftsstelle verwaltet werden und soll zur Finanzierung unserer Projekte, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, etc. dienen. Bisher mussten wir unsere gesamte Arbeit weitestgehend ohne finanzielle Kapazitäten ausführen und gerade größere Projekte lassen sich so nicht realisieren.

Um eine kontinuierliche Kommunikation zu den Schulen und an die Öffentlichkeit zu ermöglichen, über unsere Termine und Veranstaltungen zu informieren, fordern wir die Errichtung einer Informationsseite zu unserer Arbeit auf der Webseite des Bezirksamts. Verwaltet werden soll diese von einem festen Ansprechpartner im Bezirksamt und zusätzlich von interessierten Schüle*innen ehrenamtlich gepflegt werden.

Da unsere Arbeit sehr zeitaufwendig ist und wir die Schülervertretungen aller Spandauer Schulen stärken wollen, fordern wir zusätzlich die Schaffung einer Stelle für einen Bundesfreiwilligendienst oder eine Stelle für ein Freies Soziales Jahr im Bezirksamt (z.B. dem Kinder- und Jugendbeauftragten zugeordnet) um die Schülervertretungsarbeit in Spandau zu unterstützen und sicherzustellen.

Aus der Erkenntnis heraus, dass an vielen Spandauer Schulen die gesetzlich vorgeschriebenen Schülervertretungen mangelhafte Unterstützung erfahren fordern wir die Umsetzung der folgenden Aspekte ab dem kommenden Schuljahr (2017/18):

1. Um als Gremium arbeiten zu können benötigen wir vier Wochen nach Beginn eines Schulhalbjahres eine aktualisierte Liste aller Spandauer Schulen und aller Verbindung- bzw. Vertrauenslehrer. Diese ist zeitnah an unsere weiterzureichen. Zudem benötigen wir eine detaillierte Auflistung aller Personen, sowie Kontaktdaten, welche am Anfang des Schuljahres in den BSA gewählt werden.
2. Jede Schule hat in den ersten zwei Wochen, eines Schuljahres, eine verpflichtende Informationsveranstaltung, zu den Rechten und Pflichten von Schülervertretungen abzuhalten. Diese muss im Rahmen eines Projekttag in den Schulalltag integriert werden. Diese **sollte** noch vor den Klassensprecher Wahlen und **muss** noch vor den Schulsprecher Wahlen stattfinden. Anschließend hat jede Klasse die Aufgabe die Informationen in Rahmen einer Doppelstunde nachzubereiten.
3. Zur Vernetzung der Schülervertretungen innerhalb des Bezirkes muss es jährlich einen Fachkongress für Spandauer Schülervertretungen geben. Dieser soll vom Bezirksamt finanziert werden. Wir wünschen uns, dass dieser Fachtag mit unserem Kinder- und Jugendbeauftragten in Kooperation mit den Behördenmitarbeitern aus dem Bezirk und dem Senat organisiert und durchgeführt wird. Wir wünschen uns die aktive Beteiligung entsprechender Politikfelder wie dem Schulamt und der Schulsenatsbehörde. Die Veranstaltung muss vor den Weihnachtsferien stattfinden. Diese Veranstaltung soll von uns als Initiatoren geplant und mit Inhalten gefüllt werden und wie bereits erläutert vom Bezirksamt finanziert werden.

Damit wir als Gremium der Schüler*innenschaft unseren Fokus endlich einmal auf unsere inhaltliche Arbeit setzen können, ist es notwendig, dass unsere Geschäftsstelle im Schulamt des Bezirkes eine angemessene personelle Ausstattung bekommt. Die Umsetzung des Schulgesetzes Berlin, genauer das SchulG Berlin §85 Abs. 4, bedarf der aktiven Unterstützung der Schulbehörde und sollte nicht, wie bisher teilweise, an die Schüler/innen delegiert werden.

Weiterhin fordern wir, dass die Schulaufsicht sicherstellt, dass alle Spandauer Schulen nach §85 des SchulG Berlin agieren und eine Schülervertretung bilden. Auch an Grundschulen ist die Bildung einer Schülervertretung ab der Jahrgangsstufe 4 notwendig. Die Schüler*innenschaft soll möglichst früh mit der selbstständigen Interessenvertretung in Kontakt kommen und ihre Meinungen gegenüber Eltern, Lehrern und der Schulleitung äußern können. Wir sind uns jedoch auch im Klaren, dass eine solche Interessenvertretung an Grundschulen einer besonderen Unterstützung von Betreuungslehrern bedarf. Zusätzlich fordern wir auch die Wahl von Klassensprechern in Willkommensklassen.

Weiterhin rufen wir die Schulaufsicht und die Schulleitungen zur Sicherstellung der im des SchulG, §85 (5) festgelegten Arbeitszeiträume für die Schülervertretungen auf. Diese betragen zwei Doppelstunden pro Monat für die Arbeit innerhalb der SV. Sollten Schulleitungen dies blockieren, fordern wir die Schulaufsicht auf zu intervenieren.

Zum Schluss fordern wir einen verbindlichen vierteljährlichen Jour-Fixe mit dem für das Resort Schule zuständigen Bürgermeister sowie der Schulrätin, der Außenstelle der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Spandau. Nur durch eine kontinuierliche Kommunikation sehen wir eine gemeinsame Arbeit als optimal an.

Alles in Allem möchten wir als Bezirksschülerausschuss Spandau betonen, dass wir trotz der Vielzahl von Forderungen und Kritik, durchaus dankbar und erfreut gegenüber dem Interesse und der Unterstützung, von außen, im Schuljahr 2016/17, waren. Wir hoffen unser Positionspapier dient als Diskussionsgrundlage über unsere Arbeitssituation und die allgemeine Situation der Spandauer Schülervertretungen.